Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 518. **Sonntag** den 11. Oktober 1903. **97. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Dem preußischen Minister des Innern ist vor Kurzem mit berechtigtem Hohne vorgehalten worden, daß in seinem publizistischen Organe zu einer Zeit, da das preußische Volk sich anschickt, seine Vertreter neu zu wählen, von Politik mit keiner Silbe, wohl aber mit Ausführlichkeit von der Behandlung aufgefundener Luftballons gesprochen werde. Auf Herrn v. Hammerstein hat dieser Vorwurf, scheint es, tiefen Eindruck gemacht. Er ist alsbald nach Erfurt gegangen und hat dort wahr und wahrhaftig in Politik gemacht. Insbesondere glaubte er eine Erklärung darüber schuldig zu sein, warum er nach der Dresdener Tagung sich nicht im Sinne der starken Männer von „Post“ und „Hamburger Nachrichten“ auf die Sozialdemokratie gestürzt hat, um sie mit „bestimmten Gegenmaßnahmen“ zu erdrosseln. Er hat sich bei seiner Verteidigung auf jenes Rezept berufen, das im Sommer den von Hochwasser Geschädigten Heilung hatte bringen sollen: Selbsthülfe. Er „hofft bestimmt, daß es der deutschen Bürgerschaft gelingen werde, eine Gesellschaft, deren Endbestrebungen so unverhüllt auf den Umsturz der bestehenden Staatseinrichtungen, ja sogar auf Beseitigung der Religion gerichtet seien, aus eigener Kraft von sich abzuschütteln, und daß man die geeigneten Mittel und Wege dazu finden werde“. Wir gehören nicht zu denen, die nach der Polizei oder gar der bewaffneten Macht rufen gegen die Sozialdemokratie. Wir würden es auch für ein sehr verfehltes Unternehmen halten, wenn die Reichsregierung auf preußischen Antrag dem neuen Reichstage ein neues Sozialistengesetz vorlegen und sich der Gefahr aussetzen wollte, nicht nur von den im Juni gewählten Reichsboten, sondern auch von ihren ad hoc gewählten Nachfolgern im Stiche gelassen zu werden. Aber der Optimismus, mit welchem der preußische Minister vom Staate jegliche Konsequenz aus der erschreckenden Erscheinung abwälzt auf das Bürgertum, ist leider wieder ein Beweis der schon oft beklagten Schwäche. Ihre Symptome haben wir auch in den gleichfalls offiziösen Orakelsprüchen über die Kanalvorlage wieder gefunden. „Durch Forcierung der Kanalvorlage um jeden Preis den rechtsstehenden Parteien eine politische Niederlage zu bereiten“ — dieser Gedanke ist für die Nachfolger einer Regierung, die mehr als einmal im Sinne des „Gebaut wird er doch“ sich vernehmen ließ und die Kanalvorlage geradezu als den Mittelpunkt der Staatsaufgaben bezeichnet hat, zur unwürdigen Zumutung geworden. Es hat etwas Empörendes, wie dieselben Politiker, die den Mut nicht finden, gegen das Agrariertum das als richtig Erkannte durchzuführen, das Publikum mit einer Phrase abspeisen zu dürfen glauben, die darin gipfelt, daß die nicht vorhandene Kanalvorlage als Mittel zu sachgemäßer Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse nicht aufgehört habe, „ihre Geltung zu behaupten“. Und dabei wundert sich das Offiziösentum andererseits, daß die Nationalliberalen sich herausnehmen, ihre Gegnerschaft gegen die Konservativen und das Zentrum zu betonen, und sich mit der Allerweltsduselei-Koalition gegen die Sozialdemokratie nicht begnügen. Danken sollte man ihnen dafür, daß sie in der bei den Regierungsmännern chronisch gewordenen Stagnation, so viel an ihnen liegt, gegen Versumpfung von Kultur und Wirtschaftsleben die Initiative ergreifen.

Es ist in der Tat ein erfreuliches Moment, daß Bündnisse mit den Konservativen bei den Nationalliberalen Preußens im Kurse fallen, daß die Fühlung eher nach der anderen Seite genommen wird. In Königsberg, Breslau, Charlottenburg, Frankfurt a. O. ist man bereits zu Kompromissen mit den Freisinnigen gelangt. Damit sind wir allerdings noch weit vom Ziele einer allgemeinen Verbindung aller liberalen Elemente des national gesinnten Bürgertums. Das Hindernis dafür liegt noch immer in der Unfähigkeit gewisser Elemente, sich von der suggestiven Kraft der Sozialdemokratie frei zu machen. Man sollte es nicht glauben: Dr. Theodor Barth betrachtet als die wichtigste Aufgabe der heutigen deutschen Staatsmänner noch immer, „die Sozialdemokratie in den Kreis der übrigen politischen Parteien zurückzuführen und die wertvollen Volkskräfte, die in dieser Partei stecken, einer aufgeklärten nationalen Politik dienstbar zu machen“. Das alles nach dem Tage von Dresden! Seitdem die preußischen Landtagskandidaten Kopsch und Bernstein, beide vom Freisinn, einander mit Vorwürfen wie Verleumdung und Lüge in die Haare geraten, muß man zwar auch von den Sitten des Bürgertums wieder etwas geringer denken. Aber das Maß von Roheit und Gehässigkeit, das nicht nur in, sondern vor allem nach dem Dresdener Parteitage bei den Organen und Personen der Sozialdemokratie sich gezeigt hat, übt seine abstoßende Wirkung vermutlich noch auf sehr lange Zeit aus. Wichtiger noch für die Zurückweisung der Barthschen Gedanken bleibt die Erwägung, daß die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien, auch den liberalen, ganz und gar nichts wissen will. Deren eigene Würde sollte ihnen nach den Dresdener Resolutionen verbieten, einen solchen Vorschlag, wie den Barthschen, auch nur anzudeuten. Aber auch davon abgesehen, könnten wir aus rein politischen Erwägungen den Gewinn einer Verbindung mit der Sozialdemokratie für den liberalen Gedanken nicht hoch anschlagen. Haben wir doch gerade ihre parlamentarischen Vertreter weit davon entfernt, eine in sich geschlossene, in der Frage der Beziehungen zu den anderen Parteien auch nur annähernd einige Gruppen zu bilden. Eben weil sie hier keinen festen Standpunkt zu gewinnen vermögen, hat sich ihrer diese Verwirrung, diese leidenschaftliche Streitsucht bemächtigt. Schon jetzt steht fest, daß sie mit dieser Frage in Dresden keineswegs fertig geworden sind. In den Berliner Versammlungen ist, kaum vierzehn Tage nach dem Ende des Parteitags, der Tanz mit fast noch größerer Heftigkeit losgegangen. „Wenn man, wie ich, noch so mancherlei weiß, was hinter den Kulissen vorgegangen ist, was aber nicht gesagt werden kann, so möchte man mit der Keule dreinschlagen, daß die Fetzen fliegen.“ Mit solchen Kraftausdrücken, mit der großen Gereiztheit, die aus jeder seiner Erklärungen spricht, beweist Bebel immer aufs neue, daß der äußerliche Triumph seiner Sache deren Sicherheit durchaus nicht herbeigeführt hat. Eine förmliche Ketzeruntersuchung über die Braun, Bernhard, Heine und Göhre wird von den Berliner Genossen verlangt, als wäre in Dresden über alle mit diesen Persönlichkeiten zusammenhängenden Fragen nicht nach des Diktators Willen Beschluß gefaßt worden.

Sind diese Vorgänge nicht geeignet, die niederschmetternde Wirkung der drei Millionen Reichstagsstimmen, mit denen durch den ganzen Sommer so widerlich geprahlt worden ist, wenn nicht aufzuheben, so doch bedeutend abzuschwächen? Müßte nicht vor allem eine produktive, von staatsmännischem Willen ausgehende, sich nicht auf Erledigung der nicht zu umgehenden Arbeiten beschränkende Politik der Regierung den Augenblick der Schwäche des Gegners ausnutzen, um die Schwankenden, die Mißvergnügten „einer aufgeklärten nationalen Politik nutzbar zu machen“, um mit Dr. Barth zu reden? Wir wollen nicht in jenen Fehler fallen, den einst der große Bismarck gerügt hat, als ihm der englische Konstitutionalismus als beste Staatsform vorgehalten wurde. Wir wollen keine Nachahmung englischer Beispiele empfehlen. Das hindert uns aber nicht, den Kontrast zwischen der Zuversicht, dem Selbstvertrauen der Chamberlain und Balfour mit der Zaghaftigkeit, dem selbstzufriedenen Quietismus der heute in Deutschland maßgebenden Regierungsmänner zu empfinden. Da beschwert man sich immer darüber, daß große politische oder sonstige geistige Vereinigungen, nehmen wir den Alldeutschen Verband oder den Evangelischen Bund, Wege gehen, auf denen die praktische Politik ihnen nicht zu folgen vermag; ja, daß sie deren Wege mitunter störend kreuzen. Läge da nicht aber der Gedanke nahe, daß unsere Staatsmänner, statt in unfreundlich formulierten Zeitungsnoten gegen solche im Kerne edle Bestrebungen zu zetern, einmal den Rock ein wenig aufknöpften und versuchten, durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit unmittelbar auf jene zu wirken, mit denen sie doch so vieles verbindet? Auch Balfour ist ein Minister, der jedes seiner Worte auf die Wagschale legen, der auch auf das Ausland Rücksicht nehmen muß. Und dennoch spricht er in Sheffield vor sechstausend Menschen über die Umrisse der für die Zukunft geplanten Regierungspolitik. Ein armseliges Civilkabinetts-Telegramm ist bei uns in der Regel die einzige Form der Verbindung zwischen der Regierung und den großen Volksvereinen. Unsere Staatsmänner hüten sich, von ihren Absichten auch nur andeutend zu sprechen, weil sie nicht wissen, ob sie Mehrheiten finden werden, mit denen sie sie ausführen können. Auf diesem Gebiete, meinen wir, könnten von den englischen Kollegen die Bülow, Posadowsky und Hammerstein etwas lernen. Es wäre wirklich an der Zeit, daß wir wenigstens einen Versuch wahrnähmen, durch frisches Hinaustreten vor die Oeffentlichkeit Mehrheiten für große Ziele zu gewinnen. Es macht sich in allen Schichten des nationalen Bürgertums, je länger wir ihn entbehren, um so lebhafter bemerkbar die Sehnsucht nach dem für wahrhaft vaterländische Arbeit werbenden Staatsmanne.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 10. Oktober. (Herr Wacker und die badischen Wahlen.) Die Auslassungen des Geistlichen Rats Wacker auf der Landesversammlung der badischen Zentrumspartei über die politische Lage und die Landtagswahlen sind zweifellos von besonderem Interesse, denn wenn auch Herr Wacker kein Mandat mehr annehmen will, so ist es doch noch immer der Führer und die bedeutendste Persönlichkeit unter den Zentrumsleuten Badens. Einigermaßen verwundern muß es freilich, wenn einer so bedeutenden politischen Persönlichkeit der Irrtum unterlaufen kann — wir folgen dem Referate der „Kölnischen Volksztg.“ — die Bestrebung des Zentrums gälte dem Ziele, die nationalliberale Mehrheit zu beseitigen. Dieses Ziel braucht nicht mehr angestrebt zu werden, denn die nationalliberale Mehrheit besteht schon seit geraumer Zeit nicht mehr und die Nationalliberalen haben im letzten Landtage noch nicht ganz zwei Fünftel der Landtagsmandate inne gehabt. Wäre aber das Referat der „Kölnischen Volksztg.“ ungenau und hätte Herr Wacker gesagt, das Zentrum müsse die Möglichkeit einer nationalliberalen Mehrheit im nächsten Landtage verhindern, so wäre auch dies widersinnig, denn um diese Mehrheit zu erzielen, müßten die Nationalliberalen nicht nur sämtliche dreizehn Mandate, die sie zu verteidigen haben, behaupten, sondern noch acht neue einzugewinnen, was nach Lage der Dinge ganz ausgeschlossen ist. Herrn Wackers Aeußerung kann vielmehr nur den Sinn und Zweck gehabt haben, von vornherein eine Entschuldigung für freundschaftliches Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie zu haben. Herr Wacker erklärte nämlich: „Wo das Zentrum nichts für sich erreichen kann, ist jedenfalls ein nationalliberaler Wahlsieg zu vereiteln. Bei einem Wahlkampfe zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten stehen wir selbstverständlich „Gewehr bei Fuß“. Ob es bei dem „Gewehr bei Fuß“ bleiben wird, ist nach dem dieser Erklärung voraufgehenden Satze zu bezweifeln, denn wenn man dort, wo man nicht selbst siegen, aber vielleicht die Entscheidung geben kann, „jedenfalls“ einen nationalliberalen Wahlsieg „vereiteln“ will, so genügt es gegebenen Falles nicht, „Gewehr bei Fuß“ dazustehen, sondern man muß noch ein bißchen zu gunsten der Sozialdemokraten nachhelfen. Das badische Zentrum hat ja auch schon wiederholt der Sozialdemokratie seine wohlwollende Gesinnung bewiesen, und wenn Herr Wacker dem Großherzog den Vorwurf macht, daß seit 1876 die Leitung der Politik in der Hauptsache bei ihm ruhe und daß die Nationalliberalen sich rühmen könnten, an dieser höchsten Stelle ihren Rückhalt zu haben, so wird die seit einem Jahrzehnt bestehende Intimität zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie den Großherzog gewiß nicht haben bestimmen können, den Nationalliberalen sein Wohlwollen zu entziehen und es dem Zentrum zuzuwenden; hat doch das Zentrum zweimal die Landeshauptstadt den Sozialdemokraten in die Hände gespielt, was dem Landesherrn selbstverständlich unerfreulich sein mußte. Im übrigen kann man Herrn Wacker für seine Erklärung, daß der Großherzog in seinen Empfindungen den Nationalliberalen nahe stehe, nur dankbar sein. Es hätte den Nationalliberalen vielleicht nicht gut angestanden, sich selbst darauf zu berufen, aber sie können sich ja nunmehr auf das Zeugnis des Herrn Wacker berufen. Und da wohl auch ein sehr großer Teil der katholischen Wähler Badens zugeben wird, daß der Großherzog von Baden nicht nur einer der sympathischsten, sondern auch einer der bedeutendsten Herrscher Deutschlands ist und daß Baden unter seiner Herrschaft ein kräftiges Stück vorwärts gekommen ist, so kann es doch auch um die Leistungen der Partei, der das Wohlwollen eines solchen Herrschers gehört, nicht so übel bestellt sein.

es. **Berlin**, 10. Oktober. (Friede im Gottesdienst!) Auf der letzten Jahresversammlung der südwestdeutschen Konferenz für innere Mission hat Pfarrer Wahl auseinandergesetzt, wie sehr dem kirchlichen Gefühl der Landgemeinden und dem inneren Leben der Städter gedient werden könnte, wenn es Sitte oder Mode würde, auf Sonntagsausflügen im ersten besten Dorfe am Gottesdienste teilzunehmen. Die „Christliche Welt“ steht dieser Anregung sympathisch gegenüber, zeigt aber in einer Zuschrift von J. Smend die Kehrseite der Sache. Smend berichtet nämlich von den Erfahrungen, die er unter ähnlichen Verhältnissen, wie die eingangs erwähnten, machen mußte. Da predigte z. B. an der Nordsee der Ortspfarrer über den Text: Pharisäer und Zöllner im Tempel. Im Verlauf der Predigt fühlte sich der Pfarrer zu der Behauptung gedrungen, der Pharisäer „stehe noch immer turmhoch über denen, die von der modernen Theologie irregeführt werden“; „glaubt er doch noch an einen Gott, hält er sich doch noch zu Gottes Wort“. Smend deutet auf Grund solcher Erfahrungen darauf hin, daß gebildeten Städtern durch Predigten der gedachten Art der Besuch des Gottesdienstes auf dem Lande sehr leicht verleidet werde; theologische Fragen gehörten vor ein ganz anderes Forum, außerdem werde durch das Eingehen auf jene Probleme der evangelischen Gemeinde die einzige Stunde der Erhebung und des Friedens verdorben, die ihr als Gesamtheit im Wochenlaufe beschieden sei. Wer die moderne Theologie bekämpfen wolle, der möge seine Meinung dort sagen, wo man ihm dienen könne: auf der Kanzel gebe es andere Dinge zu sagen, und der Eindruck des verkündeten Wortes werde um so tiefer sein, je sachlicher und positiver das Zeugnis ist.

* **Berlin**, 10. Oktober. (Die Konservativen und der Reichskanzler.) In den letzten Tagen ist wieder viel die Rede davon gewesen, daß gegen den Reichskanzler und Ministerpräsidenten Grafen Bülow Ränke gesponnen werden, um ihn aus seiner Stellung zu entfernen, und zwar wurde der Vorwurf der Ministerstürzerei gegen die Konservativen erhoben. Daß an diesen Mitteilungen etwas Wahres ist, kann nicht bestritten werden; auch die „Kreuzztg.“ hat zugeben müssen, daß in agrarischen und konservativen Blättern der Wunsch nach einem Wechsel im Reichskanzleramt laut geworden ist. Das führende konservative Blatt hatte diese Machenschaften aber damit abgeschüttelt, daß es erklärte, die Partei habe nichts damit zu tun, wie sie es überhaupt ablehne, das Recht der Krone, sich ihre Ratgeber zu wählen, irgendwie anzutasten. Allein das Eingeständnis, daß auch konservative Kreise an der Ministerstürzerei beteiligt seien, ist doch sehr wertvoll; es deutet darauf hin, daß sich nicht alle Mitglieder an diesen angeblichen Grundsatz der Partei kehren, sondern auf eigene Faust Politik zu machen suchen, noch dazu in einer Form, die den führenden Herrschaften nicht gefällt. Wo diese Kreise zu finden sind, ist nicht schwer zu sagen; es ist einmal jene Richtung unter den Konservativen, die sich mehr an die Agrarier, als an die alte Partei anzulehnen sucht, dann gehören aber auch dazu die Politiker, deren Anschauungen durch den hiesigen „Reichsboten“ vertreten werden. Wiederholt hat sich das Pastorenblatt in der letzten Zeit auffällig an dem Grafen Bülow gerieben; auch jetzt spricht es wieder spöttisch von der „Wilhelmstraße“, genau wie seit einer Reihe von Monaten, wo es nicht nur an der inneren, sondern auch an der auswärtigen Politik des Grafen Bülow allerlei auszusetzen hatte. Der „Reichsbote“ ist aber wenigstens aufrichtig genug, um offen zu sagen, daß sein Vorgehen auf den Sturz des Reichskanzlers abzielt, denn er erklärt, ein ehrlicher konservativer, königstreuer Mann müsse es doch für seine Pflicht halten, es herauszusagen, wenn er die Minister auf falschen Wegen sehe — auch auf die Gefahr hin, daß die Minister das als einen Versuch, sie zu stürzen, ansehen. Neuerlich genommen, hat die „Kreuzztg.“ vielleicht Recht, wenn sie bemerkt, daß die Ministerstürzer nur in solchen Kreisen sich befänden, die zuweilen abseits der Partei sich bewegen. Es ist richtig, daß der „Reichsbote“, auf den sie damit hinzielt, kein eigentliches Parteiorgan ist; aber es ist doch bekannt genug, daß dieses Blatt in orthodoxen und hochkonservativen Kreisen fast mehr Ansehen genießt, als die „Kreuzztg.“ selbst. Und diese wird doch gewiß nicht den Abg. v. Kröcher als ein einflußreiches und hervorragendes Parteimitglied zurückweisen wollen, der wiederholt der Sehnsucht nach dem „starken Mann“ Ausdruck verliehen hat. So ganz unschuldig ist also die konservative Partei nicht, wenn man gegen sie den Vorwurf der Ministerstürzerei erhebt. Das Recht der Kritik an den politischen Maßnahmen der Minister wird man ihr selbstverständlich nicht verschränken wollen, aber es kommt doch sehr darauf an, in welcher Form und in welcher Absicht diese Kritik geübt wird.

* **Berlin**, 10. Oktober. (Ein neues „Sozialistengesetz“.) Die „Germania“ beleuchtet das Wesen des Streites im sozialdemokratischen Lager mit dem folgenden ironischen Hinweise:

„Ein neues Sozialistengesetz ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle mitteilen können, bereits beschlossene Sache. Es handelt sich bei diesem Beschluß allerdings nicht um einen paragraphierten Gesetzentwurf, sondern vorläufig um eine Festlegung der Grundzüge eines neuen Sozialistengesetzes. Der Beschluß, der von der zuständigen Instanz am 19. September gefaßt worden ist, ist inzwischen weiter verfolgt worden. Es handelt sich bei diesem neuen Sozialistengesetze im wesentlichen um eine Bekämpfung des Umsturzes der bestehenden Ordnung. Zu diesem Zwecke soll eine weitgehende Beschränkung der Freiheit, insbesondere eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, eintreten; auch ist wiederum eine Expatriierung als Strafe für Vergehen gegen die Ordnung, wodurch jeder gefährlich oder mißliebig gewordene Sozialdemokrat unschädlich gemacht werden kann, vorgesehen, womit zugleich eine Infamieerklärung verbunden ist. — Sollten diese unsere Mitteilungen von irgend einer Seite in Zweifel gezogen werden, so sind wir erbötig, den Beweis dafür sogleich anzutreten: Es handelt sich bei dem neuen Sozialistengesetze, wie wir etwaigen irrigen Vermutungen gegenüber sogleich bemerken wollen, nicht um eine Vorlage der Reichsregierung, auch nicht um einen Beschluß irgend einer Reichs- oder Staatsbehörde, sondern um den Beschluß des Dresdener Parteitages vom 19. September gegen die umstürzlerischen Bestrebungen des Revisionismus, ein Beschluß, der die darin von uns angegebenen Grundzüge eines neuen Sozialistengesetzes von Sozialisten gegen Sozialisten in sich schließt. Bekanntlich ist ja auf dem Parteitage in Dresden in den Debatten und in der Resolution Bebel-Kautsky-Singer der Revisionismus nicht anders als ein Umsturz gegen die bestehende Ordnung und als gemeingefährliche Bestrebungen gegen die Grundlagen der Sozialdemokratie betrachtet und parteigesetzlich verboten worden. Um diesen Umsturzbestrebungen der Revisionisten entgegenzutreten, ist auch der „Maulkorbzwang“ des alten Sozialistengesetzes nicht verschmäht worden. Einer weitgehenden Beschränkung der Freiheit, insbesondere einer Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, sollen die sozialdemokratischen Redakteure unterworfen werden. Anhänger revisionistischer Bestrebungen gegen die Grundlagen der orthodoxen Sozialdemokratie werden, wenn sie in Wort oder Schrift zu revisionistischen Anschauungen sich bekennen, expatriiert, d. h. aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, was natürlich mit einer Infamieerklärung in den Augen aller Zukunftsstaatsgenossen identisch ist. Von einer Verhängung von Zuchthaus- und Gefängnisstrafen hat man einstweilen absehen müssen, da der Zukunftsstaat zur Zeit noch nicht im Besitze der Exekutive ist und über die bestehenden Internierungsanstalten nicht verfügen kann. Statt dessen ist aber, nach dem Vorgange im 3. Berliner Wahlkreise, die Anwendung der Prügelstrafe in Aussicht genommen. Es gibt auch noch andere „gemeingefährliche“ Bestrebungen gegen die bestehende Ordnung und gegen die Grundlagen der marxistischen Sozialdemokratie, die auch von dem neuen Sozialistengesetze getroffen werden sollen. So soll z. B. nicht nur die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, sondern auch der Verkehr mit bürgerlichen Personen verboten werden. In dieser Beziehung sollen jedoch Unterschiede gemacht werden, wie das früher auch der Fall gewesen ist. Die „Donnerstagssymposien“ der Revisionisten bei Harden fallen z. B. unter das neue Sozialistengesetz, die Diners und Soupers der marxistischen Obergenossen bei Dressel aber nicht. Was sonst alles noch als revisionistischer Umsturz der bestehenden marxistischen Ordnung und als gemeingefährliche Bestrebungen des Revisionismus zu bestrafen wäre, lehren die Verhandlungen des Kreis-